

Gesetzblatt

für die Freie Stadt Danzig

Nr. 31

Ausgegeben Danzig, den 20. April

1935

Tag	Inhalt:	Seite
9. 4. 1935	Verordnung zur Abänderung des Gesetzes über die Regelung des Zuderumfages.	507

88

Verordnung

zur Abänderung des Gesetzes über die Regelung des Zuderumfages.

Vom 9. April 1935.

Auf Grund des § 1, VII Ziffern 68 und 74, und des § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273 ff.) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

Artikel I

Der § 4 des Gesetzes über die Regelung des Zuderumfages (G. Bl. 1925 S. 257 und G. Bl. 1927 S. 187) erhält folgende Fassung:

§ 4

Alle Zudermengen, die über die nach § 1 festzusetzende Zudermenge hinaus im Gebiet der Freien Stadt Danzig von den darin gelegenen Fabriken oder von den innerhalb der Danzig-polnischen Zollgrenzen gelegenen Fabriken zur Abfertigung in den Inlandsverkehr gelangen, unterliegen ohne Rücksicht, ob im Naturzustand, in Form von zuderhaltigen Waren oder Zudererzeugnissen, einer Verbrauchsabgabe von 92,— (zweiundneunzig) Gulden für 100 kg Reingewicht.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Danzig, den 9. April 1935.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

Dr. Wiercinski-Reiser Dr. Hoppenrath Huth

(Achter Tag nach Ablauf des Ausgabetafes: 28. 4. 1935.)

Wahlgesetz **für die Freie Stadt Danzig**

1935 21. April 1935

2. 4. 1935 Verordnung zur Wählordnung des Gesetzes über die Wählordnung des Bundesgesetzes. 2. 4. 1935

Verordnung

zur Wählordnung des Gesetzes über die Wählordnung des Bundesgesetzes.

Vom 2. April 1935.

Auf Grund des § 1. VII Ziffern 68 und 74, und des § 2 des Gesetzes zur Wählordnung der Stadt von 1935 und vom 24. Juni 1935 (G. 273 ff.) wird folgendes mit Gesetzeskraft ver-

ordnet:

Artikel I

Der § 4 des Gesetzes über die Wählordnung des Bundesgesetzes (G. 271 1935 G. 257 und G. 271 1937 G. 187) erhält folgende Fassung:

§ 4

Alle Bundesbürger, die über die nach § 1 festzusetzende Bundesmenge hinaus im Gebiet der Freien Stadt Danzig von den dort geltenden Wählern oder von den innerhalb der Danzig-pol-mischen Zollgrenzen gelegenen Fabriken zur Wählordnung in den Zählbezirken gelangen, unter-liegen ohne Rücksicht, ob im Wahlzustand, in Form von zugehörigen Wählern oder Bundes-bürgern, einer Verbandsabgabe von 25 — (zwanzig) Gulden für 100 kg Weizenmehl.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Danzig, den 2. April 1935.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.
Dr. Bierckmann-Reiter, Dr. Hoppenstedt, Schriftf.

(Wichtig! Es folgt nach Ablauf des Wählbezirks: 28. 4. 1935)

Veröffentlichung: Gesetzliche des Bundesgesetzes und Staatsanwaltschaft. — Druck von H. G. 1935 in Danzig.